

Eigentlich frei!

In den Prozeß Reuter und Horstner erklärte, der "Post" aufgege, der Gerichtsherr den Verzicht auf die Einlegung des Rechtsmittels der Berufung, wodurch beide freisprechenden Urteile rechtsträchtig werden.

Wie der "Strasburger Post" von einem ihrer militärischen Mitarbeiter mitgeteilt wird, erhält Babern in der nächsten Woche ein preußisches Wachkommando. Dies bleibt so lange dort, bis Babern wieder eine ständige Garnison erhält.

Das wird helfen!

Entschließung des elsass-lothringischen Landtags über die Baberner Vorfälle.

In der Entschließung, die in der zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags gefaßt ist, kommt zum Ausdruck, daß die Kammer mit der Regierung der Ansicht ist, daß die Zivilverwaltung in Babern ihre volle Pflicht getan hat und daß es keine Einnahme des Militärs bedurfte. Jedoch bedauert die Kammer, daß die Regierung es an der nötigen Energie hat fehlen lassen, um die der elsass-lothringische Bevölkerung zugefügliche Beliebigung zurückzuweisen, um den Stug der Bürgerschaft zu sichern. Die Kammer sieht in der Erklärung der Regierung keine Gewähr gegen weitere Gesetzesverletzungen durch das Militär. In der Entschließung wird weiter der Ausstand der elsass-lothringischen Verfassung, die Regelung der zwei Gewalten und eine Reform der Militärgerichtsbarkeit verlangt werden.

Als Vertreter der Regierung ergab der Unterstaatssekretär für die Justiz, Dr. Petri, das Wort: um scharf gegen den Oberst Reuter vorzugehen. Reuter hätte in der Gerichtsverhandlung abfällige Neuerungen über die Gerichtsbarkeit getan. Er habe daraufhin seine Gerichtspersonen als Zeugen vernehmen und sie vom Dienstfeinde entbinden lassen. Der Oberst habe gar keinen Grund zu seinen Anklagen gegen die Justizverwaltung gehabt, er weise die Unterstellungen des Oberst Reuter ganz entchieden zurück.

Genosse Emmel hieß eine prinzipielle Abrechnung mit dem Militarismus und stellte fest, daß die Regierungserklärung auf den Ton eingesetzt sei: Heiliger Geist und Friede! Das gehe schon aus der Erklärung der "Khemisch-Westfälischen Zeitung" hervor, die vollständig damit einverstanden sei. Direkt ungehörig wäre es gewesen, daß der Universitätslektor Blaende den Kreisrektor beim Tönen behalten habe. Es herreite in Elsass-Lothringen eine militärische Nebenregierung. Beweis dafür sei, daß der kommandierende General dem Kaiser Mutensungen mache, die nicht nur militärische, sondern sehr häufig politischer Natur seien, von denen die elsass-lothringische Regierung gar keine Kenntnis erhalte. Es bestieße absolut kein Gegensatz zwischen Armee und Volk, sondern es digtig zwischen dem Volk und dem vom Größenmahn befallenen Offizierskorps. Wenn manche Offiziere sich durch ihre Hände Arbeit vor Brod verhoben, dann würden sie nicht einmal fett zu essen haben.

Als Genosse Emmel den Säbelhieb des Zeutnans von Horstner als einen Alt der Feigheit bezeichnet, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Die drei P.

Auf dem Reichskommerz des Vereins deutscher Kaufleute zu Berlin geben sich alljährlich alle jene Elemente ein Stellbühne, die sich selbst ein besonders stark ausgeprägtes Nationalgefühl aufzuteilen, und hier wird dann vor dem leicht begeisterten akademischen Publikum in der Bankettkümmung manches Wort gesprochen, das die Redner dem Baume ihrer Zähne vielleicht nicht entschließen lassen würden, wenn sie nicht die gefüllten Schuppen vor sich sähen, das aber einen besseren Eindruck in ihre Gedankenwelt gestaltet, als Ausschüsse, die sie in einer weniger temperamentvollen Versammlung von sich geben.

Einer der beliebtesten Redner bei diesen Gelegenheiten ist der bekannte konservativ-antijudaistische Geheimrat Professor Dr. Roethe von der Berliner Universität. Er hat auch diesmal wieder den Vogel abgeschossen. Selbstverständlich stellte er Babern in den Mittelpunkt:

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Die Herren wollten von der erhaltenen Erlaubnis nur den bestreitbaren Gebrauch machen; aber da Reichsland beim besten Willen manchmal weiter ausholen mußte, um die an ihn gestellten Fragen beantworten zu können, so zog sich die Unterhaltung in eine Länge, die von niemand ursprünglich beabsichtigt war und, wie es schien, nur von ihm selbst empfunden wurde. Wie schmeichelhaft für ihn auch die achtungsvolle Aufmerksamkeit war, mit welcher die beiden Offiziere seinen Ausführungen achteten, wie aufrechtig er auch den Schriftkampf betrieb und die Genauigkeit und den Umgang der Bezeichnungen aaltegte — er konnte sich doch nicht enthalten, von Zeit zu Zeit einen beläugelnden Blick durch die Tür des Salons in den grüheren Salon zu werfen, wo die Gesellschaft sich noch immer in der alten Weise durchzuhören begann; und deren Seite des Salons, in welchen sich, wie es schien, eine unter ihnen Reichs-Oberst und die Dame, die ihm auf der Goliath als Prinzessin Wallbach begegnet war, den Grafen standfest in, daß nun es kaum die Breite des Raumtheaters nicht ausfüllten könnte. Und Schönes war zuletzt aufgeregter; unter Schauspiel von Wallbach's Reaktion nach überzeugt schreiten zu können — so gütig war es ihm, wenn ihn führen mußte, was er seitens verlangte.

„Das heißt lieber Schauspiel, wenn ich nicht irre: ich gäbe noch drin, wenn der Oberst endlich etwas ausführt, sage der Oberst höchstens. — Nun, wie haben allerdings die beiden Schauspieler längst das Bildnis und Freundschaft in Ma-

ße habe ich erhalten und reichte Reinhold die Hand; Schauspiel freudete er sich zu nichts mehr als geküßt, als an den Kopf der Herr Oberst kam. — Der Oberst dankte herzlichst. Das ist natürlich Sie haben, Schauspiel, Ihre Freunde zu mir. Reinhold, daß die nicht er durch seine und meine und Ihre Schauspieler Schauspieler sein sollten, war nicht vorhanden.“

Schauspiel lächelte und über den Mantel mit den Fingern, die nicht mehr hielten, da ihm in die Hände gelangten, so sehr, daß er in diese Hände zu kommen und in Schauspiel, der es eben mit uns möglich war, begannen zu lächeln.

Was möchten wir erleben? Es liegt der Eindruck eines verlorenen Staates vor uns auf, der keinen Platz nicht zu füllen weiß... Und was wir einen Platz haben wir erleben müssen? Einen Reichstag, der auf Zeitungsredaktion und demokratisches Gericht hin den Platz gehabt hat, Ministerienboten einzurichten, die er jetzt vielleicht auf den Straßen auszuschreien möchte.“

Nachdem Herr Roethe dann noch besonders die sittlichen und intellektuellen Defekte der nationalliberalen Partei belastigt hat, versichert er, daß er diese Lage doch nicht missen möchte:

„Dem ein Bild stellt sich uns da heraus: Der schlägt, traut preußische Soldat, der seine Pflicht tut, ohne nach den drei P zu fragen, nach Preßfreiheit, Pressefreiheit und Parlamentsfreiheit.“

Man könnte den drei P ja am Ende drei R gegenüberstellen: Rummel, Radau und Roethe. Aber es verdient doch eine ernsthafte Behandlung, daß vor einem Auditorium, das nicht nur aus Studenten zusammengesetzt war, sondern dem auch eine Reihe der höchsten preußischen Offiziere, sowie verschiedene konservative Abgeordnete und andere bewohnte Staatsräte angehörten, ein Geheimrat und Professor an der größten deutschen Universität beratige verunglimpfende und herabwürdigende Bemerkungen über die deutsche Volksvertretung machen darf. Zweifellos würden jene uniformierte und ordensgeschnittenen Herren unter lebhaftem Protest den Saal verlassen haben, wenn jemand gewagt hätte, eine auch nur annähernd so abfällige Kritik am preußischen Herrschaftsgeiste zu üben. Aber der Reichstag gilt diesen Leuten als vogelfrei. Man darf ihn in ihrer Gegenwart nach Herzogenrath schmähen, und sie leisten nicht das geringste Gefühl dafür, daß jeder Schlag, der gegen ihn gerichtet wird, zugleich auf das deutsche Volk zielt.

Die Weisen und der Kanzler.

Den Erklärungen des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus zur Weisung, steht man im westfälischen Lager vollkommen wohl gegenüber. Die deutsch-hannoversche Partei hat von vornherein in vollem Einverständnis mit dem Herzog von Cumberland erklärt, daß der Herzog von Braunschweig außerhalb des politischen Tagesspiels stehen werde. In diesem Sinne hat auch der Führer der Partei, der Abgeordnete Frhr. v. Schiele, in der bekannten Münchener Rede lediglich den Herzog von Cumberland als Banneträger der Partei in Anspruch genommen und im Gegenzug zu den Behauptungen des Kanzlers mit seinem Worte auch nur anzudeuten verucht, daß der Herzog von Braunschweig der Welfenpartei nahestehende. Die Erklärung des Reichskanzlers sagt mitin den Weisen nichts Neues und heißt sie in ihrer Art besonders gegen Agitation nicht im mindesten.

Die deutsch-hannoversche Partei eröffnete in der "Deutschen Postzeitung" eine Erklärung, in der es heißt: Der Präsident des preußischen Staatsministeriums, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 13. Januar die Deutsch-Hannoversche Partei in schärfster Form angegriffen. Da den Unterstellt nicht möglich ist, eröffnet sie vor dem deutschen Volke was folgt: Kein Glieb des Königshauses Braunschweig-Güstrow hat seine Anwartschaft auf Hannover preisgegeben — wider direkt noch indirekt.

Die Deutsch-Hannoversche Partei nimmt das Recht für sich, die Zukunft auch verschleierungsvorwürfen gegenüber zu erneut festzustellen.

Die Deutsch-Hannoversche Partei empfängt keine Direktiven von Seiten des Hannoverschen Königs. Dieses steht außerhalb des Parteikomplexes.

Die Deutsch-Hannoversche Partei hat niemals in staatsfeindlicher Sinne sich bestätigt, niemals in starker Opposition politischer Partei sich entzogen; wohl aber werden ihre Mitglieder durch Maßnahmen der königl. Preußischen Regierung darunter gehindert.

Die Deutsch-Hannoversche Partei wird nach wie vor, unbedingt durch wechselnde Meinungen innerhalb der Staatsmänner, sowohl auf göttlicher Gerechtigkeit, pflichtgemäß weiter kämpfen für christliches Recht, deutsche Monarchie, niedersächsische Staatsfreiheit.

In diesen sohn, und darum als Kronreiche unposthume Höhe vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten verboteten Stelen wissen die Unterzeichneter sich eins mit allen rechts- und staatsmestreuen Volksgenossen.

v. Weding, Frhr. v. Schiele, Frhr. v. Wangenheim.

Fünfhundertjähriges Kapitel.

Ottomar hatte so viel zu tun gehabt, die verjüngte halbe Stunde wieder einzubringen! Er war von einer Dame zur anderen, von einem Herrn zum andern geeilt, hier ein verbindendes Wort flüstern, dort einen Handschlag mit einem Scherz begleitend, beide mehr als je bei gewandte, anmutige, von Lippen und Wunterseite überliegende, von heiterer Laune beschwingte Liebling der Gräfin und souveräne König des Salons. — So sagte die Baronin Amélie zu Carlo, die eben mit ihrem Bruder und ihrer Schwägerin im Salon erschienen und von der alten Dame, zu deren "Mignons" sie gehörte, sogleich in Besitz genommen war. — „Sehen Sie mir, liebe Carla, — spricht da eben mit Helene Leiseweis — wie sich das arme Ding freut! — es kostet ihr nicht oft, so ausgezeichnet zu werden! Mon diele! er macht ihr ja förmlich den Hof — sehen Sie doch mir!“

Carla war in Verzweiflung. Sie konnte ohne Vorquette nichts sehen, mochte aber neben der Baronin, die ihr Vincenza mit den tiefgrauen Gläsern beständig vor den halberlosen Augen hält, keinen Schraub von derselben machen. Dabei schreibt die alte Dame so laut, daß man es über den halben Salon hören möchte, und erwartete, daß ihr nicht minder laut geschilderte würde, weil sie auf dem rechten Ohr ganz und auf dem linken halb taub war.

„So endlich! da flattert er zu Emilie Gisela — o ja gemacht, die reizende kleine Person! Sie wird wirklich mit jedem Zuge reizender. Und wie das zu plappern und sich zu brechen weiß! Noch ein Stückchen zu viel des Guten; aber das lernt man — in der nächsten Saison haben Sie eine Nachtkleid mehr, liebe Carla. Sie wollen schon fort! — nein, meine Liebe. Jo schnell geht das nicht. Ich habe Sie seit einer halben Stunde nicht geliebt! Sie sind wie nach einer Welt von Sonnenblumen häubig. Denken Sie, daß ich alle Person wie ein ungekörntes Balz vom Menschen durch die Gesellschaft laufen soll, während alle Welt an kommt ist? Gerous mit der Sprache! Wann ist denn mir die Begegnung? — ich soll nicht so lange brauchen? Ich kann ja wie ein Pappelbaum — auf diesem Ohr, wenn ich bitten darf! Es ist noch nicht fertig? nein, aber das nehmen Sie mir nicht über, liebe Carla, waren denken Sie dann eigentlich? Denken Sie, daß ein Ottomar von Werben Sie zu haben ist?“

„Sie befiehlt, quälige Frau?“ legte Ottomar, der seinen Namen gebraucht.

„Sie erzieht mich über mich. Weißt du nicht, wie ich sie schaue? Sie sind eine Schmetterling! Sie!“

„Sie ist auch keine Schmetterling, quälige Frau?“

„Ich kann! Ich will keine Frau, ich bin eine ernsthafte, wahr-

In Bayern gibt's kein Babern.

Auch im bayerischen Landtag streiten die Redner die Straßburger Urteile. Kriegsminister Frhr. v. Krebs stellt die daran, was das Einheitsrecht der bewaffneten Macht betrifft, so seien die Bestimmungen, bei inneren Unruhen so einzutragen, daß es nicht glaubt, daß bei den verantwortlichen Offizieren Befehl über ihre Verhältnisse bestehen könne. Ein solches kann nicht stattfinden. Ein Einschreiten des Militärs ohne eine Klusforderung der Zivilbehörden sei in Bayern unabdingbar. Auf den Bayrischen Fall eingesehen, sei er nicht gewillt, da er nicht vor das Forum des Danus gehöre.

Das ist ein deutlicher Wink nach Preußen.

Militarismus und Landarbeitermangel.

In der konservativen "Ostpreußischen Zeitung" schreibt ein masurischer Agrarier:

„Wohl noch nie hat sich die Arbeiternot auf dem Lande so schärfer gemacht wie in diesem Jahre. Die Wehrerstellung von 58000 Rekruten hat uns noch das Lehen arbeitsfähigen Burschens verbraucht. Eine Rieselde auf das Land ist erfahrungsgemäß aufgegangen und der Landmann muß sich mit dem, was zum Dienst mit der Masse absolut unbrauchbar ist und auslaufen kann. Ein Material, das von Jahr zu Jahr schlechter wird und immer höhere Löhne fordert.“

Dieses Gesetz ist recht interessant, zumal es aus Kreisen kommt, denen die Militärvorlagen der Regierung noch immer nicht umfangreich genug sind. So waren es ja die ostpreußischen Konservativen die im Reichstag mehr Kavallerie-reiniger forderten, als die Regierung. Vielleicht, die Jungen wissen auch, daß ihnen während der Ernte ein Teil des Heeres wieder zur Verfügung gestellt wird.

Arbeiterhusk im Reichstag.

Die große Frage, die alle Gemüter beschäftigt, war auch am Mittwoch noch nicht Gegenstand der Verhandlung. Erst Donnerstag kommt die sozialdemokratische Fraktion über die Straßburger Kriegsverhältnisse und über die königliche Armee ins Verfahren auf das Tageordnung, und am Montag nächster Woche wird sie voraussichtlich erörtert werden. Aber einen Hinweis auf die kommenden Debatten gab die heutige Sitzung bereit, als zu Peitn der Präsident gegen die Kritisierung einlegte, die Graf Nord von Wartenburg im Kreise der erlaubten Gesetzgeber am Parlament des allgemeinen Wahlrechts grüßt hat.

Dann leitet der Reichstag die Beratung der Petitionen fort. Es kann indessen nur eine zur Verhandlung, deren Bedeutung auch in dieser mehrstündigen Diskussion nicht erschöpft werden können. Es handelt sich um einen verstärkten Arbeiterschutz in der Schwerindustrie, wie er von einer Reihe von Corporationen, namentlich von dem Deutschen Metallarbeiterverband verlangt wird.

Aus dem Seniorenrat. Der Seniorenrat des Reichstags beschloß am Mittwoch, folgende Tage von Reichstagssitzungen freizulassen: den 26. und 27. Januar, 2., 23. und 24. Februar, 14. und 16. März. — Auf den Wunsch der Petitionsfraktion, daß Petitionen mehr als bisher zur Beratung im Plenum erlangen sollen, kam der Seniorienrat überein, die Beratung von Petitionen sobald als möglich auf die Tagesordnung zu legen. — Auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite, Schwerinstag abzuhalten, wurde mit Rücksicht darauf, daß die Beratung drängt, entschieden, daß, wenn möglich, vor der Feria sessuna des Etats Schwerins abgehalten werden sollen, später dagegen man regelrecht Schwerinstag abhalten soll.

Das Ergebnis der deutsch-englischen Verhandlungen. Das Reichsamt des Innern veröffentlicht in den "Berichten über Handel und Industrie" eine Abhandlung über die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im südlichen Konz. Daraus ist zu entnehmen, daß als voraussichtliches Ergebnis der deutsch-englischen Verhandlungen Verbindungen über Mittel-Mittel allein hinzu kommen, eine Verbindung von Deutsch-Südwestsafir über Alsa nach Deutsch-Ostafir zu erwarten scheint. — Auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite, Schwerinstag regelmäßig abzuhalten, wurde mit Rücksicht darauf, daß die Beratung drängt, entschieden, daß, wenn möglich, vor der Feria sessuna des Etats Schwerins abgehalten werden soll.

Vermutlich wird die weitere Rolle der deutsch-englischen Verhandlungen eine Erweiterung der Kolonialförderungen sein.

Der Preußenbund macht sich bemerkbar. Der vom Preußenbund veranstaltete Kreuzkant am 18. Januar im Saal des preußischen Landtags zusammen. Es werden Worte gehalten über Preußen-Berlin, über die heutige Stellung Preußens im Reiche und über das preußische Königstum von Goethes Gnaden. Werner sollen wirtschaftliche Fragen vom Standpunkte des Preußenbundes behandelt werden.

Die alte Frau und will Euch beiden — ja, wo ist denn Carla gebüdet?“

Carla hatte den Moment benutzt, sich zu erheben und mit dem Ausdruck angenehmster Uederrührung auf dem lebhaften Gesicht Graf Golin entgegenzutun, den sie mit einem schnellen Blick durch ihre Vorquette an der anderen Seite des Salons in einer Unterredung mit der Gräfin Gisela entdeckt hatte und der sich jetzt zu ihr wandte. Sie wollte Ottomar die Verabschiedung entgegen lassen, deren sich dieser allerdings in aufsässiger Weise gegen sie schuldig gemacht hatte. Ottomar schaute ihr mit dünnen Augen nach, und sein Blick erbebte sich auch nicht, während ihn die alte Baronin ein wenig ins Gedächtnis nahm, wie sie sich ausdrückte: „Ja, ja, mein lieber Ottomar, es ist die reine Wahrheit, und von mir sollen Sie die hören, als von einer alten Person, die die Welt aus- und innenwird und Sie in den Käuf von Ihren Kindesbeinen an lernt? Ich habe schon andere Verhältnisse in Richt verloren sehen, die mindestens ebenso fest schienen, wie das Eure. Alles hat seine Grenzen, auch die Geduld der Gesellschaft. Wenn man diese Geduld zu lange auf die Probe stellt, sagt die Gesellschaft: es wird nichts daraus, und wenn die Gesellschaft das eine Zeit lang gesagt hat, so wird auch nichts daraus, einschließlich, weil sie es gesagt hat. Wenn ist alles, was die Gesellschaft sagt: verlobt sich, heiratet sich, trennt sich, nimmt einen Liebhaber, läßt ihn wieder laufen, singt mit einem zweiten an, geht mit einem dritten durch, duelliert sich, schlägt seinen Freund tot, schlägt sich tot — die Gesellschaft hat immer Recht.“

„Und wenn Sie nun in unserer Halle Recht hätten?“

„Mais, vous êtes fou, monsieur positivement son!“

Sie hatte ihren großen schwarzen Fächer eröffnet und bewegte denselben mit lautem Gerassel auf und nieder; setzte dann das Vincenza wieder auf, warf einen verlösenden Blick auf Ottomar, der noch immer verbrochen vor sich hinsägte, und sagte, indem sie ihm winkte, sein Ohr nahe an ihres Mund zu bringen: „Hören Sie einmal ordentlich zu, liebes Kind! denn Kinder sind Ihr, alle beiden! Sie, der Sie hier über und über machen wie ein Schönheit, der anwaltige Sie in Deutnungscremen zu wenden hat, und Carla, die da drinnen, um Sie zu drücken, mit Graf Golin fortfließt. Spielt nicht mit dem Neuer! Sie können Euch darum höchstig verbrennen. Wenn aus der Sache nichts wird, so ist es der gräßte Stauden der Salons, weil Sie mich in Euren respektablen Fächer nicht wieder sehen würdet. Und nun geben Sie hin und bitten Sie Carla Ihren Eros ab und sagen Sie ihr in meinem Namen, ich leunte die Gräfin Golin durch drei Geschlechter, und für den lebigen —“

„Sie befiehlt, quälige Frau?“ legte Ottomar, der seinen Namen gebraucht.

„Sie erzieht mich über mich. Sie sind eine Schmetterling! Sie!“

„Sie ist auch keine Schmetterling, quälige Frau?“

„Ich kann! Ich will keine Frau, ich bin eine ernsthafte, wahr-

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Januar.

Freies Wahlrecht und die Heze der Schriftsteller.

Darüber wird Reichstagsabgeordneter Daniel Giidlen aus Mittweida (Sachsen) Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des "Gewerkschaftshauses" sprechen. Wir werden schon jetzt darauf hin und ersuchen die Genossen und Genossinnen, für zahlreichen Besuch dieser überaus wichtigen Versammlung zu sorgen.

Parteiarbeit am Sonntag.

Um nächsten Sonntag wird vom Lokal Behmgrubenstraße Nr. 66 eine Agitation für die Volksmacht veranstaltet. Die Agitation beginnt um 8 Uhr morgens, aber auch später kommende Teilnehmer erhalten nützliche Arbeit.

Im Distrikt 4 (Nikolaitor) wird am Sonntag die Mitglieder-Agitation für den sozialdemokratischen Verein fortgesetzt. Die Genossen treffen sich von morgens 8 Uhr an im Distriktslokal Strelzgauerplatz 11. Kein Distriktsmitglied sollte fehlen.

Wer geht zur Auschlagswahl?

Der große Saal des "Schleswider" wird am 19., 20., 21. und 22. Januar das Ziel tausender von Arbeitern und Angestellten, Mädchen und Frauen sein. Sie haben an diesen Tagen den wichtigen Ausschuss der allgemeinen Ortsfrankenkasse zu wählen. Wer das Wahlrecht hat und es nicht ausübt, schädigt sich selbst, seine Familie und seine Klassengenossen. Da der Kreis der Wähler aber eng begrenzt ist, soll folgende Aufführung darüber unterrichten, welche Wählermassen in Frage kommen:

1. Arbeiter des Bauberufes:

Bauhilfsarbeiter, Maurer, Betonarbeiter, Betonarbeiter, Maler und Linierte, Stuckateure, Zimmerer, Arbeiter in Gipsdienstleistungen und Dutzendgeschäften, Brunnenarbeiter.

2. Holzgewerbe:

Bildhauer in Stein und Holz beschäftigte Bildhauer und Steinmetzmeister, Drechsler, Kornbäcker, Kornarbeiter, Parkettbauer, Stellmacher, Schirmmacher und Schreinmacherinnen, Vergolder.

3. Metallberufe:

Installatoren, Elektromonteur, Gelt-, Stück- und Glockengießer, Schreiner, Gas- und Wassermonteur, Feuerungsmeister, Kupferschmiede und Autoreparaturwerkstätten.

4. Vertriebene Berufe:

Buchbinderei und Buchbinderei-Arbeiterinnen, Asphaltarbeiter, Dachdecker, Dampfzugsfeuerarbeiter, Arbeiter und Arbeiterinnen in den Sägemühlen, Fleischer in Rostfleischereien, Glasläden, Görtinger, Waschmühlengeschäften (treuhaltige Witwe), Federarbeiter, Pfälzerländer, Porzellanhändler, Steinzeuger, Schiffszimmerer, Tabakarbeiter und Arbeitervorarbeiter, Textilarbeiter, Färber, Seiler und Tuchmacher, Transportarbeiter, wie Fensterputzer, Kinoangestellte, Kinoinsassen.

Alle hier aufgeführten Arbeitergruppen können nur wählen, wenn sie bei der Frankenkasse als Mitglieder eingetragen sind. Daselbe trifft noch auf folgende Gruppen zu, die vom 1. Januar an neu in die allgemeine Ortsfrankenkasse gehören:

Dienstmädchen, Bedienungsfrauen, Hausmeister, Lehrer und Lehrerinnen, Privatsekretäre,

sowohl die unständig Beschäftigten, wie Wandergewerbetreibende, Handwerker und Haushälterinnen und die Musiker, die tageweise beschäftigt sind, überhaupt Arbeiter, deren Beschäftigung nicht länger als eine Woche dauert.

Die beteiligten Gewerkschaftsvorstände werden dringend ersucht, diese Aufführung genau zu beachten und alles daran zu setzen, daß die Ehre der freien Gewerkschaften in diesem Wahlkampf gewahrt bleibt. Die Arbeiter der Stadt Breslau, die zwei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in den Reichstag wählten, Ihnen muß es ein leichtes sein, mit den Freunden aus dem christlichen Lager fertig zu werden.

Thalia-Theater.

"Der Proberheit". Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenhal.

Am Dienstag gab es im Thaliatheater "Theater" in des Wortes schlimmster Bedeutung. Um ein behäbiges Kleinbühnentum wieder ins Theater zu locken, griff die Direction in der vielleicht richtigen Meinung, daß diese Leute ebenso, wie vor dreißig Jahren das sentimentale Zeug mit Behagen geniesen werden, auf den Lieblingsdichter des Spießbürgers aus den Gründerjahren zurück: auf Blumenthal. Nur ist ja Blumenthal ohne Frage zu einem gewanderten Deutermann geworden und einem Stück wie in seinem "Weisen Högl" wird man eine achtungswürdige Theater-Routine nicht abpreisen können. Aber davon ist beim "Proberheit", dieser Geschichte, wo eine Komödie und ein adliger junger Mann, ehe sie sich "treffen", jedes eine Probereliebschaft durchmachen muß, noch nichts zu spüren. Auch ist das Stück in sei-einem Milieu vom Rest der Zeit angegrenzt worden. Ganz auf den Spießerton hatte die Spielleitung des Herrn Will das Stück heruntergebracht. Doch ich glaube, das Publikum war damit recht zufrieden. Es ist vielleicht froh, wenn man ihm stat Kavari einen Hering bietet.

Der einzige Lichpunkt war das Spiel des Herrn Pfanz und des Fräulein Zillig Hesse. Der erstere gab den alten Baron wie ein vollendetes Weltmann- und Fräulein Hesse und die alte "Dame-Tone", die tiefer packen, als es gewöhnlich üblich. Herr Maxlich zeigte wieder einmal als Banist Krasinski, daß er aus je er Rolle etwas zu machen versteht. Dennoch habe ich ihn bedauert, sein Talent an eine solche Schmierenrolle verschwendet zu wissen. Sonst wäre noch Hr. Ecke und Herr Schmidtski zu erwähnen, der als alter Musikprofessor überzeugend echt aussah. Ferner gab ein Herr Erich Wiss einen außerordentlich gut und zugleich komisch ausbauenden Kammerdiener.

5. volkstümliches Mittwoch-Konzert.

In dem gestrigen recht gut besuchten Konzert sang Fr. & J. Weitzky & K. Wold Ueder von Weihenstephan und Uetz mit Orchesterbegleitung. Die Dame verfügt über einen Mezzosopran von märchenhafter Stärke, dessen leichter Ankläng in der Höhe sehr feucht. Ebenso zu loben ist der vornehme Gebrauch der "meszzo voce" (halben Stimme), da erneut ist die Tiefe fast tonlos, wie auch in den anderen Registern die harten Klangfarben vermiss werden. Ausdrucks- und Übersetzungshaltung bildet Werke der Sängerin, die eine "sible blonde", den Hörer jedoch

den. Darum, unsere Wählermassen in Marschkolonne formiert, gewählt wird Wahlvorschlagsliste I der freien Gewerkschaften. Sie ist die einzige neutrale Liste!

Der Wahlausschuss der freien Gewerkschaften.

Achtung, Frauen und Mädchen!

Bei den Auschlagswahlen der Allgemeinen Ortsfrankenkasse werden viele Kräfte gebraucht, die am 19. und 20. Januar Wahlhelferarbeit verrichten. Um eine planmäßige Wahlarbeit zu ermöglichen, soll eine Zusammenkunft aller tätigen Genossinnen abgehalten werden; sie ist für Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr in das Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses einberufen. Dort soll die Arbeit für die beiden Wahltagen eingeteilt werden. Besonders gilt es, die Dienstmädchen zur Wahl heranzuholen und sie zu veranlassen, für die Wahlvorschlagsliste I zu stimmen. Genossinnen, erscheint zahlreich in dieser Zusammenkunft!

Die Kultur-Aufgaben des Jahrhunderts.

Der deutsche Freidenkerbund veranstaltete Mittwoch Abend in der Erbahrungshalle der freien Religionsgemeinde einen Vortragsabend. Professor Dr. Broda - Paris sprach über die Kulturaufgaben des Jahrhunderts. Es hatten sich leider nur eine mögliche Anzahl Zuhörer eingefunden.

Der Vortragende betonte, daß es der Naturberuf alles Lebens sei, dem Fortschritt der organischen Masse zu dienen. Diesen Zweck planmäßig zu erfüllen, ist die wichtigste Aufgabe des Menschen. Dazu ist vor allen Dingen eine gesunde, wissenschaftliche Verdichtung notwendig. Um diese heranzubilden, sind noch gewaltige Kulturaufgaben zu lösen. Da in erster Linie die Arbeiterschaftsgezüchtung weiter auszubauen. Damit ist eine Reform des Wohnungsbewesens und die entschiedene Bekämpfung des Altkohls unbedingt notwendig. Den Talenten aller Schichten des Volkes muß der Weg zum Aufstieg auch in die höchsten Gesellschaftsstufen offen bleiben. Unentbehrliches Studium, Volkshochschulen, die allen Bürgern offen stehen, haben sich sehr nützlich erwiesen. Die wichtigste Aufgabe, die Lösung des Menschen zwischen Sozialismus und bürgerlicher Gesellschaftsordnung scheint sich leider nicht immer auf friedlichem Wege vollziehen zu wollen. Mindesthin können die wirtschaftlichen Gegenseiten durch Schiedsgerichte und friedliche Vergleiche überbrückt werden. Der Antreiberstand der Völker muß sich durch Rechtsgrundlage absichern lassen. Im Leben der Völker lassen sich schlechtlich dieselben Rechtsbegriffe verwirklichen, wie sie bei Rivalitäten einzelner Bürger heute schon vorhanden sind. Wir haben ja schon ein Schiedsgericht für internationale Streitigkeiten. Leider ist es auf Betreiben Deutschlands nicht obligatorisch. Unbedingt notwendig ist die politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Da, wo sie eingeholt ist, hat sie sich als unverzerrt segensreich erwiesen.

Die Kulturaufgaben lassen sich am besten dann ausprägen, wenn die Völker ihre Erfahrungen auf diesen Gebieten gegenseitig austauschen und möglichst vertiefen.

Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Das Ergebnis der Delegiertenversammlung am Montag im großen Saal des Gewerkschaftshauses ist folgendes: Abgegeben wurden 277 Stimmen, ungültig waren 7 Stimmen. Gewählt sind R. Förster mit 292 Stimmen (Dr. S. V. "Nikolaitor"), Frau Weberse mit 289 Stimmen (Dr. und M. Chor "Frohsinn"), R. Würler mit 245 Stimmen (S. V. "Freiheit"), F. Neumann mit 240 Stimmen ("Einigkeit" in Neukirch), R. Strüke mit 238 Stimmen (Dr. S. V. "Vorwärts"), R. Mittag mit 235 Stimmen (S. V. "Kameradschaft"), F. Pätzsch mit 207 Stimmen (M. G. V. "Ginstorf" in Stabelwitz), E. Neumann mit 200 Stimmen (G. V. "Breslauer Hutmacher"), P. Pohl mit 198 Stimmen (Dr. G. V. "Viederhort").

Der Obmann.

* Die Berufserziehungsstelle des Vereins "Frauenwohl", Basteigasse 6 a, 2. Etage, Sprechstunde jeden Sonnabend von 5 bis 6 Uhr, eröffnet hat bei der Berufswahl der Mädchen und Jugend über Bildung, Ausbildungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten der in Frage kommenden fünfstelligen, gewerblichen kommunalen und wissenschaftlichen Berufe.

garnicht wahr werden läßt. Daher war Liszt's hochdramatisches Stück "Die drei Säume" nicht tug gewählt. Wer dieses Lied jemals von der unvergleichlichen Schumann-Heine gehört hat, wird bald mit einer anderen Interpretation nicht befrieden können. Besser gelangen die bei den anderen Liedern "Es muß ein Wunder passen" und "Wieder möcht' ich Dir begegnen". "Adelaide" von Beethoven gehört für eine Männerstimme. In dieser Beziehung machen die meisten Sängerinnen einen Mißgriff: sie singen "Säume" und "Serenaden", die doch unbedingt dem Sinne nach für Männer gedacht sind, und bedenken acht nicht, wie barock sich die Texte ausnehmen müssen, als sie sprechen! — Das Orchester unter Leitung des Herrn Herrmann Böhme steuerte die Ouvertüre zu "Coriolan" von Beethoven, das Meisterstück-Borpiel von Wagner und die D-dur-Serenade von Brahms in recht guter Ausführung bei. Für die Tragik in "Coriolan" hat das Publikum kein Verständnis, weil es zum großen Teil garnicht oder — nicht mehr weiß, um was es sich bei "Coriolan" handelt. Brahms ist ihm musikalisch immer noch zu hoch, obwohl gerade diese Serenade ziemlich leicht fasslich ist. Das Publikum, das diese Konzerte besucht, wird eben, wie ich schon oft bemerkt habe, wie ich die Konzertleitung kenne — noch oft unbenommen haben werde, stark überzeugt. Warum spielt man nicht einmal die "Ländliche Hochzeit" oder die "Fröhliche Sinfonie"?

Vermischtes.

Kritische Bildungsbesprechungen. Wie noch erinnerlich regte sich seiner Zeit die literarische "Schlesische Volkszeitung" darüber auf, daß der Arbeiter-Bildungs-Versuch am letzten Bildungsverein eine Aufführung des liegenden Holländers von Wagner veranstalte. Es sah darin eine Profanierung der religiösen Gebräuche. Wie es aber damit im eigenen Lager aussieht, beweist wieder einmal nachstehender Vorfall. Die "Saarburger Zeitung" brachte dieser Tage folgenden Bericht aus Hessen:

Catholischer Volksverein. — Eine gut besuchte Versammlung war das am Freitag abend in dem Saale des Herren Vereins. Der Redner des Abends, Herr Antoni, redet mit der Zahl und der Ausmaßlosigkeit seiner Bühnen recht aufdringlich. Die Bühnen-Redeungen waren in reicher Weise verstreut. Die beiden Vorstände, die eine über Kunstdünger, der andere über die Jungfrau von Orleans, waren mit grotem Interesse voneinander überzeugt. Die Saarburger Zeitung berichtet darüber.

Montag Frauenabend.

Der nächste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau, dessen besondere Ausgabe es ist, die weiblichen Parteimitglieder aufzulösen, wird Montag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, in sechs Sälen abgehalten. Wir ersuchen die Frauen und Mädchen des sozialdemokratischen Vereins im voraus, sich auf ihren Frauenabend einzurichten.

Der erste Tag auf der Elsbahn.

Nun ist es da, die langwierige Elsbahn auf dem Stadtbogen, Mittwoch vormittag schon konnte die vorsichtige Elsbahn der allgemeinen Benutzung übergeben werden. Von vielen kleinen Schlittschuhläufen konnte die Zeit der Eröffnung kaum erwartet werden, und schließlich warteten sie auf den Moment, bis sich die Porten öffneten. Dann kamen sie in Scharen, die Mädchen und die Jungen; die ersten, sogleich sie im Bereich von Elsbahn aus der Volkschule waren, kamen davon am ersten Tage Gebrauch machen, dann ihre Mütter gaben Elsbahn und Sonnenabend. Heute, Donnerstag, kommen die Jungen mit den Freitagen an die Reihe, die sie Montag und Donnerstag benötigen können. Die Freude über die endliche Eröffnung der Elsbahn war groß und so manches Wiedersehen mit der angestammten Oberfläche des Stadtgrabens wurde unfehlbar gefeiert. Aber später hielt sich die kleine Schare, möchten die Mütter noch so sehr in die Ohren gewöhnen, mochten die Kinder sehr sein. Nach und nach, nachdem der eine mehr oder weniger der andere nicht allzu glücklich seine Tribut bezahlte, richtet sich aber alles wieder ein und versucht, es in der Kunst des Elsbahnens in weit als möglich an bringen. Aber kein Wiederholt kann vom Kindern, will nelsischen Bildern werden bislang verkehrt, die es auf dem Elsbahn zu etwas "gebracht" haben. Am gestrigen Mittwoch beherrschten die Mädchen aus den Volksschulen das Els., obwohl auch von den Jungen so mancher Geschwader von Müttern für den Eröffnungstag leider gemacht wurde. Donnerstag folgen die Mädchen nach in vielen Rollen diesen Beispielen, denn wer mehr, wie lange die Herrlichkeit dauert. So lange Eltern in der Lage sind, die Mütter der Kinder in diese Begeisterung zu begeistern, sollen sie es tun. Nichts ist der Geschwindigkeit anzugleichen, als gerade das Schlittschuhlaufen.

Die Schüler und Schülerinnen der kleinen Volksschulen ist die Elsbahn auf der Ober am Sonn- und Werktagen unbeschrankt bis abends 8 Uhr gestattet. Im Schulunterricht wird die Konzertkarte an allen Werktagen gegen Bezahlung einer Bezahlungskarte und gegen jedesmalige Zugahung von 5 Pf. auf dem Elsbahn dagegen brauchen Kinder unter 11 Jahren nur 5 Pf. zu bezahlen.

Allerdings kommt die Stadt auch für die Volksschulkinder, die die Elsbahnen auf dem Stadtgraben zwischen dem Königsplatz und der Schlesischen Straße benutzen wollen und das weitesten wollen, in die Elsbahn. Während die Schüler und Schülerinnen aus den Mittler- und höheren Schulen starten bekommen, die bei Zugahung von 5 Pf. an jedem Werktag zur Benutzung dieser Bahnen verpflichtet, haben die Volksschüler nur an zwei Tagen freien Eintritt, müssen aber für die anderen Tage den vollen Eintrittspreis mit 10 Pf. bezahlen. Ein Mietzettel, der im Falle einer Störung für jede Tag zu der Stunde auf die Elsbahn geben soll, kann dafür 10 Pf. bezahlen, der höhere oder niedrigere, der das gleiche Begehren hat, zahlt dagegen nur 5 Pf.

Wünschenswert wäre es auch, daß die Schüler oder Schülerinnen, die die Elsbahn besuchen wollen, vom Nachmittagstutunterricht befreit werden.

* **Ausdruckswahl der Tischlerkasse.** Der Vorstand der Ortsfrankenkasse der Tischler und Pianofabrikanten macht bekannt, daß der Ausdruck Sonntag, den 22. Februar, im "Pariser Garten", Weidenstraße 25, gewählt wird. Die Arbeitgeber wählen von 9 bis 11 Uhr vormittags, die Kassenmitglieder von 11 bis 2 Uhr.

* **Die Straßengräte.** Auf dem Millerplatz am Dienstag eine Frau durch Ausgleiten auf und in demselben Außentablett wurde sie von einer Drosche überfahren. Die Frau erlitt schwere Verletzungen, doch sie von derselben Drosche in ihre Wohnung gebracht werden mußte. — Auf der Kreuzstraße kam Dienstag mittag eine Frau ebenfalls durch die Schneegräte zu Fall und sie konnte sich nicht mehr erheben. Sanitätsleute der Feuerwehr stellten einen Unterschubelstock fest, legten einen Verband an und schafften die Brandstelle in's Allerheiligentospital.

Sieben Personen von einem tollen Hund gebissen. Ein tollwütiger Hund rief am Montag in der Kaserne des 27. Infanterie-Regiments in Dömitz (Prignitz) eine Panik hervor. Schließlich gelang es, das tolle Tier in ein Zimmer zu sperren wo es ein herbeigekommener Polizist töte. Insgesamt wurden sieben Personen von dem Hund gebissen. Sie wurden zu fast in Lisse geschafft.

* **kleine Notizen:**

- 100.000 Francs Salzhannu? Der Hörz am Altwarenhändler, dem bekanntlich die Rüssling der Monnaie zu danken ist, hat beim Schatzkabinett in Paris eine Kasse gegen den französischen Staat eingezahlt. In der er die richtige Wertabschätzung des Kunstwerkes und 10 Prozent dieses Wertverlustes für seine Bemühungen beansprucht. Außerdem beantragt er noch die sofortige Auszahlung von 100.000 Francs als eine Art Sicherstellung.
- Goldjuwelen in Transvaal. Bedeutende Goldseider sind auf der schlesischen Halbinsel in der Nähe des Weltkriegsflusses im östlichen Afrika am Verkauf angesetzt. Im Durchschnitt werden durch Männer aus ca. 160 Kilogramm Gold 80 Gramm Gold erzielt. Deutscher Baron Gleichen hat das neue Goldminenprojekt und seine Erfolge in der Presse sehr interessant erläutert.

— 50 Millionen Millionen für Waldschule. Die Stadt Berlin sind fünf Millionen von einem Einwohner zu entrichten werden, die zur Auslegung und Unterhaltung einer Waldschule für Kinder, welche gebaut und finanziert werden. Die Schule ist im nächsten Wege zu errichten, um die Kosten der neuen Waldschule zu erhöhen.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Leuten bei
Gästen empfohlen.

Akkordweile Getränke

= Biltz-Sinalco =
Bier & Grün. Brauerei.
Geländekunden Maßbier 128. Milde.
Konserv. 3. Säfsl. 12 (Brauerei).
Bilzer, Max. Osterstraße 28.

Thomas Brücke, Bubenstr. 84.
Telefon 2311.

Aluminium-Küchenware.
Opt.-Gefg. Weißheit. 3. Dauerh. preise.

Bäckereien und Konditoreien

Weder August. Mietlände 4.
Freyh. Carl. Oderstraße 29.
Ritter, Max. Leinenstraße 48.
Gehmann, H. Herdaustr. 61.
Alfred Hart. Schmidauerstr. 44.
Sant. Paul. Reinstraße 8/4.
Hellmuth, Wl. Reinstraße 4.
Götz, Erich. Molenstraße 16.
Grein. Witzel. Molenstraße 55.
Frau. Kästle. Molen. 24 (ar. Markt).
Röhr, G. St. 24 n. Pöder. Oberbaur. 10.
Barth, Theodor. Bisch. 21 (ar. Markt).
Mazzotti, Josef. Marienhof 3.
Dittmar, August. St. Reichshaus 34.
Danke, E. H. Friedrich. Karlstraße 50.
Mitter, Otto. Pömerstraße 22.
Schmidt, Max. Margaretenstr. 15.
Schubel, Jos. Grüne 23.
Urban, Hermann. Maßbierstr. 188.
Weh, Wilhelm. Reichstr. 22, neu übern.
Bogas, Emil. Steinmeyerstraße 8.

Badeanstalten.

Brüderl. Bad. Neue Gasse 14.

Badewannen.

Hoffmann, Fr. Zauernfeldstr. 178. 5% R.

Bandagisten

Wimmer, Karl. Molenstr. 34. Tel. 10143.

Rein, Joh., Schmiedek. 17/18.

Betten u. Bettfedern

Beder, G. Rumplermühle 4/6. I., II., III.
Jahn, Max. Aufseßmühlestr. 10.
Grauch, Kapit. Anderauerstraße 2.
Schäfer, L. Schranerstr. 7a, rt.

Bier-Krausreiter. Bier Variete

Brauerei Sacrau, G.m.

Brauerei „Zum Küssbuden“

Ernst. Genossenschaft m. b. o.

Götsch. B. Wilmannstr. 11.

Schoßfeld. Breueri. Schanstraße.

Schne. Pollat. Reichstr. 61. A. Schubel.

Kopf & Görde. J. Böhme.

R. Jodl. R. Jodl.

Leberkasten. L. - Ge.

Stedten. Vertreter: Karl.

Degler. Diclan. K. Fürstenstr. 8/10.

Kern, Josef. Oderstraße 2.

Pfeiffer-Braueri. Cölln. Höh. Kör.

Pfeiffer-Braueri. Rüd. zu Linn. Preiss.

Schwarze Krähe Neumarkt.

Mengel, J. Aufseßmühlestraße 5/4.

Münke, Paul. Mönchstr. 53.

Stiel, Otto. Aufseßstr. 7a.

Wezel, G. Rein. Reinstraße 28.

Wiesner, F.W. Brauerel. Neumarkt.

Bier-Apparate. Kohlensäure.

Kohmann, Alf. Zauernfeldstr. 11.

Schlauch, Paul. Schwed. 53.

Billard-Fabriken

Keiser, Gade. Dörfner.

Fürten-Fabriken

Stein, Alf. Reinstraße 31.

Gösser, Alf. Spezialgefäß. 1. hom.

Holzschuhkunst. Gräbenerstr. 14. part.

Sauer, G. Rein. Reinstraße 28.

Wiesner, F.W. Brauerel. Neumarkt.

Café

Café Germania. Ritterstr. 63a. G. G. B.

Café Friedr. Café. Reinstraße 28.

Bogen-Café. Ring. Pöderstr. 6.

Café Villaria. G. Pöder. Ritterstr. 65.

Carnivals-Artikel.

Götsch. Adolf. (Festartikel)

Theater-Feste.

Reiter, Alf. Rein. Reinstraße 28.

Reiter, Walter. Vergnügung. 15.

Wittig, H. Reinstraße 104.

Reiter, Otto. Reinstraße 16.

Wittig, Walter. Gräbenerstr. 66.

Eisen- u. Stahlwaren

Weder, Carl. Reinstr. 170. Reinstr.

Weder, Carl. Reinstr. 181. Reinstr.

Weder, Carl. Reinstr. 23. Reinstr.

2. Beilage.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung. Mittwoch, den 14. Januar,
nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesstaatliche Kommission.

Eingangen ist eine Interpellation Albrecht
(Soz.) über die Vorgänge in Bayern.

Präsident Kämpf: Im Preußischen Vernehmen hat ein Mitglied geäußert, daß die Art, wie der Wahlbeitrag im Volle aufgenommen wurde, darauf schließen ließ, daß die nationale Gesinnung, überall im Landen begriffen sei, daß aber die beruhende Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerschaft lebendig war, habe vermissen lassen. (Aufruf links: Unerhört!) Ich gefeiere selbstverständlich den Landtag der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu haben, an dem Verhalten des Reichstags Kritik zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin eine Bekämpfung des Reichstags, die ich von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Lebhafte Beifallsschlüsse.)

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Mehrere Petitionen des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Gesellschaft für soziale Reform auf reichsgesetzlichen Schutz der Arbeiter der Schwerindustrie bringt die Kommission, dem Reichstag zur Berücksichtigung zu überreichen. So weit sie eine Bekämpfung der Arbeiter, Regelung der Überstunden, Verbot der Nacharbeit für Endliche, Verbot der Frauenarbeit, Verkürzung der Arbeitsschicht, größere Gesundheitschutz und Beseitigung der Unsicherheit der Entlohnung verlangen, und zu Erwähnung kommt in ihnen gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt wird.

Ein Antrag Arnstadt (Kons.) fordert Überweisung der ganzen Petitionen zur Erwähnung.

Abg. Spiegel (Soz.): Gegen die Bundesratsverordnung vom 1903 wird von den Gewerbestellen Sturm gelauert. Wenn wir mit dieser Bundesratsverordnung auch nicht zufrieden sind, so hat sie doch das eine Gut, daß wir den Gewerbestellen nachweisen können, daß unsere Behauptungen in Bezug auf Überstunden, auf die verlangte Arbeitsleistung usw. richtig sind. Aus der Statistik unseres Verbands geht klar hervor, daß gegen die Verordnung in überaus zahlreichen Fällen verstößen wird. Redner führt ein großes Zahlensmaterial zum Beweise hierfür an. Den Gewerbeaufsichtsbeamten müssen Assistenten aus Arbeitserfahrenen zur Seite gestellt werden denn die Beamten sind gar nicht in der Lage, die Betriebe genügend zu kontrollieren, und werden bei der Kontrolle vielfach dupliziert, die Überstunden und die Sonntagsarbeit wird vielfach garnicht in die Listen eingeschlossen, um sie der Kenntnis der Beamten zu entziehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Folge der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitszeit sind die traurigen Gewerbeverhältnisse der Arbeiter in der Schwerindustrie. Oben ist hierauf die unzureichende Vermehrung der Unterkünfte anzuführen. In der Metallindustrie haben sich die eingeschädigten Fälle in 25 Jahren um 700 Prozent vermehrt. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Wort von „gestörten Existenz im Alter“ trifft am ältestenwanden auf die Arbeiter in den Gütern im Walzwerken zu. Ein Mann z. B., der 18 Jahre lang auf einem Wert zur vollen Züriderheit gearbeitet hatte, und um eine leichtere Arbeit nachsuchte, wurde ohne weiteres entlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Als ein Arbeiter, der wegen seiner Agitation für den Verband entlassen wurde, sich hierüber mit dem Hinweis auf seine 17jährige Beschäftigung auf dem Werke beschwerte, meinte der Direktor: „Was, der Mann ist schon 17 Jahre bei uns? Dann können wir ihn überhaupt nicht mehr brauchen, dann ist er abgearbeitet.“

(Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei war der Arbeiter erst 31 Jahre alt. Welch Scham es vor, daß Arbeiter noch geprägt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Giesberts (Blc.): Die Großessenindustrie ist es ihrer Ehre schuldig, die in ihr herrschenden Zustände zu verbessern. 30.000 Arbeiter haben täglich, auch Sonntags, eine 12-stündige, bei Wechselschicht sogar eine 24-stündige Arbeitszeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Entwicklung des Achtstundentages wäre in der Schwerindustrie durchaus möglich. Die heutige 24-stündige Wechselschicht ist eine Kulturwidrigkeit. Ich hoffe, daß die neue Bundesratsverordnung die Verbäiläufigkeit wirtschaftlich verbessert. Zu den Konferenzen im Reichsamt des Innern sollten auch Vertreter der Gewerkschaften eingeladen werden, wobei den Arbeitern die Unruhen, auch die versäumten Schichten, vom Reich vergütet werden müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Böttger (natl.): Wie es noch möglich ist, daß Arbeiter sich mißhandeln lassen, verstehe ich nicht. Jedenfalls muß es solche Mißhandlungen scharf verurteilt werden.

Das Material der Bettionen entfällt zwar manches Beachtenswertes, ist aber doch einseitig. Die Frage des Achtstundentages in der Schwerindustrie halte ich für noch nicht svu hervor,

gebe aber zu, daß die zwölfstündige Arbeitszeit angehoben der schwierigen Arbeit in dieser Industrie zu lang ist. Freilich findet

die Verkürzung der Arbeitszeit ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Goll aber der Achtstundentag eingeführt werden, so müßte die Zahl der Arbeiter verdreifacht werden, und das kann die Großessenindustrie in ihrer Allgemeinheit nicht leisten. Die Überstunden werden nicht willkürlich angehoben, zumal sie für das Werk sehr teuer sind, sondern sind meist notwendig infolge von Reparaturen, Neu- und Umbauten usw. Wir werden für den Antrag der Konservativen stimmen (Hört, hört! b. d. Soz.), da wir nicht mit allen Vorlieben der Petitionen einverstanden sind. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Grätz (Kons.): Die Forderungen der Petitionen sind so einschneidend, daß es unmöglich ist, all ihre Konsequenzen zu übersehen. Daher kann man nicht ohne weiteres für all diese Forderungen Verstärkung verlangen. Den Vorwurf der Einseitigkeit darf man nicht ausschließen, man muß sich vielmehr gegen die erheben, die die Sozialpolitik in übertriebenem Maße fördern wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. Goschny (Pole): Die Zustände in der Schwerindustrie sind so elend daß die Regierung gegenwärtig unmöglich die Hände weiter in den Schoß legen darf. Wir stimmen dem Antrage der Konservativen zu.

Abg. Windfuhr (Pole): Eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre im Interesse der Volkswirtschaft nur zu begrüßen. Aber es fehlen ihr schwere betriebstechnische und finanzielle Bedenken entgegen, denen ohne internationale Regelung der Arbeitszeit in der Großessenindustrie nicht Rechnung getragen werden kann. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie muß erhalten werden.

Abg. Haberland (Soz.): Der Abg. v. Grätz will die Betriebsabholung nicht zur Verstärkung überweisen, weil er sich nicht für genügend laufverträglich hält. (Heiterkeit und Scherhaft b. d. Soz.) Bei Sachverständigen kann über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens in dieser Frage kein Einvernehmen kommen auch in der Großessenindustrie werden von 36 bis 28 Stunden vor jetzt nur 4 Stunden Pause-

In einem Düsseldorfer Betriebe wird ein Mann, der in einer Woche einmal 24 Stunden und einmal 36 Stunden hintereinander gearbeitet hat, den andern jetzt als Muster hingestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Misäle gestiegen sind, so liegt das nicht an der Unvorsichtigkeit der Arbeiter, sondern an dem Fehlen von Umsatzverhütungsinnahmen, vor allem an der Hebe zur Arbeit. Die unzureichenden Lööhnen werden noch gefürzt durch die vielen Strafen, die mit zum Syst. der Unterwerbung gehören. Das Prämienystem verhindert geradezu gegen die guten Sitten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde geradezu in der jetzigen schweren Krise leicht durchzuführen sein, die I. K. d. R. könnte sich dann in dieser Übergangszeit auf die längere Arbeitszeit auch bei steigender Konsumstufe einrichten. Mit dem Eintritt der Konkurrenzunfähigkeit kommt man immer, wenn sie die Arbeiter etwas gezeichnet werden soll. Im Interesse der Arbeiter und damit der Volksrepublik ist schleuniges Eingreifen der Gesetzgebung in dieser Frage notwendig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Barthardt (Wirtschaftl. Bgg.): spricht für den Antrag der Kommission.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag der Kommission wird angenommen gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Sonntag 1 Uhr. (Interpellation über Bayern. Gesetz über die Sonntagsruhe.) Schlüß: 5% Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung. Mittwoch, den 14. Januar 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Ministerialen: Venze, von Schorlemmer, von Wallwig, Beseler, von Trodt.

1. Lesung des Gesetzes.

Abg. Freiherr von Seckendorff (Freit.): Die Gesetzgebung des Ministerpräsidenten in der Welfenfrage wird zweifellos alle Parteien des Hauses befriedigen und der welfischen Maität in Hannover zu Vorteil ausnutzen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die schweren Bedenken des Abg. Winkel gegen die Reichsverträge seien erkannt und überwunden wir durchaus. Jedoch kann ich die Aussicht des Abg. Winkel über das Verhalten der Reichsregierung in den Kreis der Freiherrn nicht billigen. Wir haben für die Verträge einen nachsteuer gestimmt. Dieselbe Mehrheit, die die Wehrvorlage bewilligt, mußte auch die Deckung enehmen. Über die Frage der Aufhebung der Steuerzuschläge können wir uns heute noch nicht entscheiden, das muß einer Meinungsmehrheit der Einwohnerstimme vorbehalten bleiben. Zu der Wahlreform steht ich auf dem Standpunkt der Regierung. Es ist ein paar blauerjägerische Mandate an die Sozialdemokraten verloren gegangen sind wird weiter durch die Stärkung der wahlakt nationalen Richtung innerhalb der national-liberalen Partei aufgewogen. (Heiterkeit.) Die Arbeiterschaft hat an dem Reichstag gewählt gegeben. Wir wollen Frieden und Recht. (Heiterkeit links.) Die Verhinderung des Reichstagswahlrechts für Preußen ist eine überaus schlimme Sache. Es liegt dringend im Interesse der Reichswohlthat, daß Preußen in seiner Eigenart als festes Monarchie er allen bleibt und hierzu gehört auch das preußische Wahlrecht. Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Votum vom 4. Dezember einen größeren Erfolg erzielt. Die Bürgerrechten haben sich vertreten lassen. (Widerspruch links.) Die Frage der

Rechtsbeschränkung der Abhängigkeiten von 1820

muss untersucht werden. In Preußen ist von ihr in den 60 Jahren nach Erlass der Verfassung niemals Gebrauch gemacht worden, weil die preußischen Zivilbehörden ihre Pflicht kannten, hoffentlich wird der Reichskanzler die eisack-lohrmannsche Beamtenschaft an Haupt und Gliedern reformieren. Wenn die demokratische Linke des Reichstages hofft, die Parlamentsreform dem Bundesrat und der Reichsregierung aufzumachen, die Executive zu belästigen, die Umwandlung des Reichstages in einen unitarischen Konvent anzubauen, so beruht diese Hoffnung entschieden auf der Schwäche, die die Regierung gegenüber den Ansprüchen des Reichstages verdeckt hat. Preußen muss im Reiche voll erhalten bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Ministerialer Gesetz gegen den Terrorismus der Arbeitgeber: Ich bin bereit, die Freiheit für die Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. Eine Verlängerung darüber hinaus kann nur dann erfolgen, wenn in einzelnen Fällen nachgewiesen wird, daß eine Verlängerung absolut notwendig ist. Die Finanzlage war weder im vorigen noch in diesem Jahre verdeckt, daß wir die Steuerzuschläge im Wegefall lassen können. Der Ausgleichsstand hat sich im großen und ganzen bewährt, aber wir werden es noch auf eine längere Zeit vorüben müssen, ehe wir ein endgültiges Urteil abgeben können. Unsere Anteile steigen von Jahr zu Jahr. Es muß deshalb ein neues Finanzprogramm geschaffen werden.

Handelsminister b. Sydow: In den Verhandlungen zwischen Preußen und Koblenz sind die bekannten Bedingungen für den Bestand des Zollvereins gestellt, die besonders die Wahrung der Interessen der Konkurrenten und des Bergbaus betonen, und dem Zollverein ein Rücktrittsrecht vorbehalten. Die Verhandlungen sind infolge unerschließbarer Bedingungen, die von einem der größten Bergwerksbesitzer an der Saar gestellt waren, nicht zum Abschluß gekommen. Zu nächster Zeit werden jedoch die Verhandlungen wieder in Gang kommen, und ich bin zu Entgegenkommen bereit, wenn die vor mir an das Justizministerium geknüpften Bedingungen erfüllt werden.

Abg. Dr. Wiener (Bv.): Weihrauch soll dem die Wahlreform jetzt nicht eingebracht werden! Soll dadurch etwa der Friede in diesem Hause gesährdet werden? Ich glaube,

die Rechte hat das Kriegsrecht ausgegraben

und will den Stab des Ministerpräsidenten. Die geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen war nicht eine Billigung, sondern eine Verurteilung dieses Wahlrechts. Das Wahlrecht versprechen der Krone ist noch immer nicht eingelöst worden. Wir verlangen wenigstens die gleiche und direkte Wahl, für die eine Mehrheit vorhanden ist. Preußen will nicht vor der Durchsetzung der Staatsaufstellung bleiben. Der preußische Patriarkalismus ist eine Gefahr für den Reichsstaat. Mit der Vermögenszuwachssteigerung darf die Bevölkerung zum Wehrbeitrag hinzugeschoben werden, so muß mit ihr auch gleichzeitig die zur Einkommenssteuer hinzugeschoben werden. (Der Finanzminister nickt zustimmend.) Mit der Vermögenszuwachssteigerung darf die direkte Befreiung im gleichen nicht beendigt sein. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow gegen die Befreiung der Schulden in Berlin ist uns verständlich. Jetzt hat er sogar den Vorstand des Vereins

nach Bayreuth berufen.

Der bestehende Stand der Arbeitsmarktsicherung reicht aus. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht von vorhergehend abgelehnt werden. Wenn das Kartell der Konkurrenten die Versteuerung föhlt noch erhöhen will, so wird es gegen die laufende Arbeit. Bei einer planmäßigen inneren Kolonisation in die Westen und Süden der Provinzen des Reichs ist die Arbeitslosenversicherung der Privilegien des Großgrundbesitzes in den Kreisen und Provinzen vorbedacht. Der Wehrbeitrag der Arbeitnehmer ist ein Beitrag der Arbeitnehmer und in die Politik des Reichsministers für

eingegriffen habe. Das Oberverwaltungsgericht hat i. St. geurteilt, daß auch das außerordentliche Verhalten des Beamten beim Disziplinarrecht unterscheide. Was damals für einen Bürgermeister galt, der gegen die Reaktion gehörte, muß nun auch für den Polizeipräsidenten gelten, der für die Reaktion gehörte.

— Die Straßburger Prozesse sind ein neuer Beweis für

die Reformbedürftigkeit der Militärgesellschaft.

Wir wollen ein starkes Heer, kein Parlamentsheer und weisen den Vorwurf der Militärgesellschaft zurück. Wenn aber tatsächlich die ungerechten Angriffe Möhling auf die elstättische Zivilverwaltung, die sich hier nicht verleugnen kann. Herr Möhling wollte aus diesem Grunde den Polizeipräsidenten v. Jagow nicht angreifen, für die elstättische Zivilverwaltung hat er das nicht getan! Gewiß ist das preußische Beamtenamt wichtig, aber man darf doch nicht in Selbstlob und pharisaesche Liederhüllung versinken. Die Rechte arbeitet auf einen Konflikt hin. Läßt warnen davor! Wer das tut, begeht ein Verbrechen am Vaterland! (Weiß, Weiß! b. d. Bp.)

Minister des Innern b. Dahlwitz: Für die Opfer der Sturmabfälle an der Ostsee läßt habe ich folglich 20.000 Mark angewiesen. Der Kaiser hat die Bereitsstellung weiterer Mittel beschlossen. Die Berichte der Behörden werden beschleunigt, die Regierung wird dem Hause dann Aufschluß geben.

Die Annahme des Abgeordneten Herold, daß katholische Priesterdienste zurückgesetzt würden, ist unrichtig. Von der Zahl der Katholiken wird zunächst die polnische Bevölkerung in Abzug gebracht werden. Es bewerben sich aber auch weniger

Katholiken, als dem katholischen Volksteil entsprechen würden. Die Katholiken aus Beamtenstellen sind meist Söhne von Beamten und die Beamten sind eben überwiegend evangelisch. Katholische Unterschiede werden in der Verwaltung nicht gemacht.

Der Ministerpräsident hat gestern bestont, daß der Landtag nicht aufständig ist, über die elstättische Zivilbehörde zu urteilen. Ich muß das Gleiche ähnlich der Angriffe auf die Zivilverwaltung erläutern und die Mittel verurteilen (Weiß rechts, Unruhe links). Die vom Abg. v. Seckendorff gewünschten Weisungen an die Polizeibehörden, bei Streitumfällen nicht nur für den Schutz der Öffentlichkeit, sondern auch für den Schutz der öffentlichen Verkehrs auf der Straße, sondern auch für den Schutz der Öffentlichkeit im allgemeinen zu sorgen, sind bereits ergriffen (Hört! hört!). Das Reichsminister hat die Zivilverordnungen nach dieser Richtung für rechtsbefriedigend erklärt, sodaß ich den Oberpräsidenten entsprechende Weisungen zum Erlass solcher Verordnungen gegeben habe. Ich glaube, daß in dieser Weise

wurden als bisher (Weiß rechts, Unruhe b. d. Soz.). Die Vorwürfe Dr. Wieters wegen der Wahlreform sind durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt (Hört links). Es sollen viele Wähler nicht gewählt haben, weil sie das System nicht billigen. Wenn jemand das Wahlrecht andern will, dann gibt ihm doch das Wahlrecht ein Mittel dazu. Gerade der fortgeschrittenen Antrag auf Einschaltung des Reichsstaatwahlschreits hat die Wahlreform verhindert. Wenn die Wahlreform den Weihrauch dieses Hauses nicht gehabt hat, so ist das nicht die Schuld der Staatsregierung, die in vollkommen logischer Weise der Ankündigung in der Thronrede gerecht wurde.

Abg. Auflösungen besser verhindert werden als bisher (Weiß rechts, Unruhe b. d. Soz.). Die Vorwürfe Dr. Wieters wegen der Wahlreform sind durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt (Hört links). Es sollen viele Wähler nicht gewählt haben, weil sie das System nicht billigen. Wenn jemand das Wahlrecht andern will, dann gibt ihm doch das Wahlrecht ein Mittel dazu. Gerade der fortgeschrittenen Antrag auf Einschaltung des Reichsstaatwahlschreits hat die Wahlreform verhindert. Wenn die Wahlreform den Weihrauch dieses Hauses nicht gehabt hat, so ist das nicht die Schuld der Staatsregierung, die in vollkommen logischer Weise der Ankündigung in der Thronrede gerecht wurde.

Den Standpunkt des Herrn v. Jagow hinsichtlich der Vereinigung der Schulen halte ich für gerecht fertigt. Es ist unmöglich, eine allgemeine Vereinigung von Schulen in einer militärisch organisierten Armee zu dulden. Zu dem Brüderlichkeit des Polizeipräsidenten v. Jagow im Fall Görres wurde behauptet, daß damit eine unzulässige Vereinigung eines schrecklichen Verfahrens fortgesetzt habe. Eine solche Vereinigung könnte doch nur von einer einzigen Partei vorgenommen werden. Eine Behörde ausgehen, nicht aber von einem an der Sache unbeteiligten Beamten (Zuden links — Weiß rechts). Wenn Dr. Wieter denselben Oberbürgermeister meint wie ich, so erwähne ich, daß er wegen Angriffen auf seine vorgelegte Behörde diszipliniert worden ist. Bei alter Anerkennung des Rechts der freien Meinungsäußerung der Beamten muß ich doch Zurückhaltung gegenüber der militärischen Verfahren fordern. Ich lehne es ab, mitzuteilen, ob ich dem Polizeipräsidenten Weisungen gemacht habe und wo sie, das ist lediglich Sache des Rechts — Unruhe links).

Präsident Graf v. Schwerin-Schwartz dankt dem Minister namens des Hauses für die Mitteilungen über die Katastrophe an der Ostsee. Er erklärt nach einer kurzen Geschäftsausführungsrede, daß die Notstandsantreäge nach Eingang des Regierungsmaterials auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden sollen.

Abg. Nossautz (Pole) fordert ein Einschreiten auf Grund der bestehenden Geiseln gegen den Terrorismus der Arbeitgeber und belädt sich über die Verfolgung der Polen. Auf Grund des Antidisziplinar Gesetzes verbietet man körperlichen Polen, neue Wohnungen zu bauen und gleichzeitig bringt man ein Wohnungsgesetz zur Sicherung des Wohnungseigentums ein. Zebe unserer Verhandlungen, wo nicht deutsch gesprochen wird, läßt die Polizei auf. Ein Beamter, der einen Polen tödlich sieht, sieht viele Leute müssen, um keinen Schaden zu erleiden, ihre Angestellten fordern, die Polizei zu erlauben, die Polizei zu missbrauchen. Alles kostet und! Nach Herrn Möhling hat ja ein preußischer Richter Recht zu finden, das preußischen Interessen entspricht. Ein kolossalischer Richter kann ja garnicht objektiv sein. Man verbietet sogar politische Grabinhaber. Der Ostrammlerein in o. die Regierung lassen sich von den Ruthenen über die galizischen Polen informieren. Diese Ruthenen gehen mit verbrecherischen Mitteln gegen die Polen vor und das sind die Bündesgenossen der Regierung ihres Ostrammler und der Galatiens. Welcher Machthabermann, welche Un

einer Gerichts in Streitprozessen, namentlich die Freispruchung des Ministers Brandenburg zeigen ja, wohin der Kurs geht. (Doch. Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Versprechen der Thronrebe

vom Jahre 1808 ist noch nicht eingelöst. Von dem Schluß der damaligen Vorlage ist die Regierung mit schuld, die sie zum letzten Augenblick nicht wußte, was sie wollte. Die Regierung sollte das Volk unter der Parole: Allgemeines gleiches Wahlrecht appellieren; dann würde das preußische Abgeordnetenhaus ein wesentlich anderes Gesetz bekommen. Eine Verschließung der bringend notwendigen Reform des Wahlrechts, bis alle Parteien einig sind, würde eine Vertragung ad calendas graecas bedeuten.

Es ist eine heilige Pflicht der Regierung, endlich diese wichtige Aufgabe der Gegenwart zu erfüllen. Dem Herrn von Jagow, der einen neuen Beweis dafür geleistet hat, Welch' geringe Autorität Herr von Bismarck besitzt, läßt der Minister voll Meinungsfreiheit zu. Wenn aber Jagow aus der Verfassung nachdrücklich hätte, daß kein Beamter wegen der Ausübung des Wahlrechts gemacht werden darf oder wenn er gegen die Regierung geschrieben hätte, dürfte er keinen Augenblick länger in seinem Amt bleiben! Der Redner bespricht dann den Polizeiappell gegen die freien Gewerke und auch die anderen Gewerkschaften, die man politisch erschrecken wollte, um danach besonders tut sich hierbei die Berliner Polizei vor, die nicht die Zeit hat, ihre Pflicht zu erfüllen und den Mörder des Arbeiters Hermann festzustellen! Die Auswirkungen des deutschen Abgeordnetenstaates, der Belgier Vaudreuil missen und schaden, sowie das offizielle als verschleiert erklärt und nur aus Mitleid auf Europa aufzuhoben. Nebenverbot an den Einbuden des Südpols Amundsen sind beständende Beweise für das Wollen der preußischen Regierung, das Angriffen des Herrenhauses auf den Reichstag erreicht hat. Die Beschimpfung der Wahlrechtskämpfer durch den Grafen Nord als "hauptstädtischer Pöbel" wird unvergessen bleiben und wird den Kampf des Volkes gegen das elendste aller Wahlsysteme und gegen dieses reaktionäre Herrenhaus stärker bis zum endlichen Siege, das der Volkswill auch in Preußen sich durchsetzen wird. Die unverhüllten Urteile einiger Gerichte in Streitprozessen, namentlich die Freispruchung des Ministers Brandenburg zeigen ja, wohin der Kurs geht.

Zollamtsdirektor Dr. Böseler wirkt dem Vorredner das Recht ab, die Gerichte zu kritisieren, die nach dem Gesetz nur nach ihrer Ehrenurteil es entlassen. Die Behauptungen des Vorredners waren rein auctoritär.

Minister des Innern v. Ballwitz: Es lohnt nicht auf die Polemik des Vorredners gegen das Herrenhaus einzugehen. Aber da sein Angriff auf die mir unterstelle pflichttreue Berliner Polizei nicht gestützt worden ist, möge ich diese unverhüllt und unbewußt vertheidigen zurück.

Das Haus verläßt sich. Morgen, Donnerstag, 10 Uhr: Beiterberatung. Schlüß 5½ Uhr.

Die königliche Polizei in Köln.

Köln, 14. Januar.

In der heutigen Vormittagssitzung wurden noch sechs Polizeibeamte, Schulknechte, Kriminalbeamte und Magistraten vernommen. Drei Beamten wurden zwei Fragen begegnet, ersten, ob ihnen bekannt sei, daß Beamte von privater Seite Zuwendungen erhalten haben, und zweitens, ob sie jemals solche Zuwendungen angenommen haben. Ein Teil der Beamten bestätigte darüber die Aussage, ein anderer Teil gibt zu, Zuwendungen angenommen zu haben, ohne daß darin etwas Straftäters gesehen werden könnte. Diese Zuwendungen seien aber nicht Geschenk im eigentlichen Sinne gewesen, sondern Siedlungen für geistige Dienste und keine für Materialien, die sie zu einer Entwicklung hätten bringen müssen. Einige Beamte erklären, daß die Spenden, die sie vom Polizeipräsidium erhalten, nicht ausreichend seien.

Die mächtigen Epiphe bezahlen

und diese Leute verlangen größere Geldsummen, wenn die Entdeckung eines Verbrechens sich allmählich zu erweisen scheint. Einige Beamte erklären auch, daß sie wohl von den Gerichten, daß bestimmte Beamte Zuwendungen annehmen, gehabt haben, daß sie aber diese Gerichte nur für leeren Ratschlag gehalten hätten.

Als aller Welt.

100 000 Menschen getötet!

Der Vulkanaustrahl in Japan.

Die New Yorker "Sun" veröffentlicht ein Telegramm aus Tokio, daß nach den letzten Nachrichten, die aus dem südlichen Bezirk von Nagasaki eingingen sind, die Zahl der durch den Vulkanaustrahl ums Leben gekommenen Bewohner beträchtlich.

100 000 erreicht.

Der Saturaballar ist noch immer in voller Tätigkeit. Die Stadt Nagasaki ist fast gänzlich durch die Lava, sowie durch eine nachfolgende Flutwelle zerstört. Aus den japanischen Häfen sind Dampfer mit Lebensmitteln und Zelten sowie Decken für die überlebende Bevölkerung nach dem Schauplatz der Katastrophen abgegangen. Arzte und Krankenschwester sind aus den nächstgelegenen Militärhospitälern gleichfalls an den Schauplatz des Unglücks entsendet worden.

Ein Telegramm aus Tokio meldet ferner: Beim ersten Ausbruch des Vulkans auf der Insel Saturaballar, der seit 150 Jahren unruhig gewesen ist, veranlaßten die Bewohner die Bevölkerung, die Stadt Nagasaki zu verlassen. Auch wurden Truppen aufmarschiert. Das Erdbeben wiederholte sich alle drei bis fünf Minuten. Ein Schüttung, der nach Nagasaki kam, erzählte, daß er in Nagasaki über 2000 Erstickungen geblieben habe. Bei Berg an des Ausbruchs sind Rauch- und Flammanhöhen aus verschiedenen Teilen des Berges aufgetreten. 40 Minuten später begann die Erstickung vom Grunde des Berges. Das schwere liegenden Sauerstoff wurde erst vom Feuer ergriffen, das sich schnell ausbreite. Die Einwohner drängten nach dem Wasser, die Polizei von Nagasaki beschloß sich in Booten zu den Rettungsarbeiten. Da diese war jetzt fort und wurde seines in Nagasaki und durch den Himmel durch die Rauchwolken hinunter. Das Saturaballar und durch den Rauch der brennenden Häuser und Häuser verdeckt wurde. — Das Saturaballar, durch die entzündete Wasserschiffe eine hundert in der ganzen Städte und vergraben. Die Erstickung wurde durch 160 Kilometer entfernt, wurde mit seinem einem dem Vulkan (Saturaballar) telegraphiert, daß die Stadt mit dem Feuer bedeckt. Der Governor berichtet.

Der Senator: Das Radikal des "Königlichen" schreibt, daß in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Der Senator: Der Sultan von Siam schreibt, daß die Menschen in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Der Senator: Der Sultan von Siam schreibt, daß die Menschen in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Der Senator: Der Sultan von Siam schreibt, daß die Menschen in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Der Senator: Der Sultan von Siam schreibt, daß die Menschen in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Der Senator: Der Sultan von Siam schreibt, daß die Menschen in Nagasaki mindestens 100 000 Menschen sterben.

Es kommt dann zu einem ausschulerregenden

Zusammenstoß zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Polizeiinspektor Krauß. Der Polizeipräsident erklärt, daß Krauß falsche Angaben über die Ursache seiner Verfolzung nach Hannover gemacht habe. Die Verfolzung sei auf seine, den Präsidenten ausdrücklich die Anordnung erfolgt. Er habe dringendes Interesse daran gehabt, den Angeklagten bei der Aufstellung der ganzen Dinge zu unterstützen. Die 20 Kriminalbeamten sind nach der Behauptung des Polizeipräsidenten alle von Hannover ermittelt worden, wogegen dieser erregt protestiert. — Krauß: Der Polizeipräsident hat hier unter mir die Unschuld gefragt, wenn er behauptet, ich sei nicht auf meinen Wunsch verhaftet worden. — Verteidiger: Ich verstehe, daß der Polizeipräsident Herrn Krauß der Unwahrheit beichtigte. — Krauß entschuldigt sich mit seiner Erregung. — Polizeipräsident von Weegmann: Es haben sehr ernste Zusammenstreuungen zwischen mir und Krauß stattgefunden. — Verteidiger: Wer fragt Krauß, ob er nicht Jahre lang die rechte Hand des Präsidenten gehabt sei, der ihn jetzt so fürgerhand abschüttete. — Krauß gibt an, eine große Menge Arbeit geleistet zu haben, darunter sehr viel vertrauliche. — Polizeipräsident von Weegmann: Ich habe in die Ehrenhaftigkeit des Krauß bis kurz vor seiner Verfolzung nie einen Zweifel gesetzt. Er war immer ein ganz herborragender Beamter.

Der Angeklagte Collmann

gibt dann folgende Erklärung ab: Er habe niemals die Absicht gehabt, wie er anfangs schon behauptet habe, den Polizeipräsidenten oder die Staatsanwaltschaft zu beleidigen. Überhaupt habe ihm jede Belästigung irgend einer Person ferngelegen; er habe lediglich die wirklich vorhandenen Mängel in der Sache tressen wollen und bei der Verhandlung auch die Überzeugung gewonnen, daß der Polizeipräsident von diesen Mängeln nichts gewußt habe.

Polizeipräsident von Weegmann: Ich habe aus der Erklärung des Angeklagten und den Verlauf der Verhandlung die Überzeugung gewonnen, daß der Angeklagte nicht wider besseres Wissen seine Verdunklungen aufgestellt hat. Ich bitte daher, bei dem Urteil die Absicht der Beleidigung auszuhalten.

Zum ergreift

der Staatsanwalt

das Wort, ber zunächst betont, daß der Wahrscheinlichkeit beweis durchaus nicht als gelungen zu bezeichnen sei. (1) Die Verschwörungen der Beamten verteilen sich auf drei Jahrzehnte. Nicht mit einem verdorbenen Schiß, wie der Angeklagte behauptet hat, habe man es zu tun, sondern einzelne Personen hätten zufällig und gegen diese würde die Angeklagten vorgegangen werden. Möglicherweise für die Beamten außerdem in Betracht, daß sie die Gefahren von befreundeten Familien erhalten haben, daß also von einer eigenständlichen Bedrohung nicht die Rede sein könne. Die Behauptungen des Angeklagten, daß die Konzessionen in Köln auf illegalem Wege leicht zu erreichen sei, sei vollkommen blauäugig. Der Beweis für die Bedeutung sei weit ausgedehnt, so sei zunächst der Angeklagten der Schutz des § 193 die Wahrung der berechtigten Interessen zu zubilligen. Eine Gefangenestrafe halte er nicht für angemessen und auch das Höchstmaß der Gefangenestrafe komme nicht in Betracht. Er beantragt gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 500 Mark, eventuell für 10 Mark einen Tag Gefängnis.

Den Ausführungen des Staatsanwalts folgten am Nachmittag

die Reden der Verteidigung.

der Rechtsanwälte Wolfgang Schmitz-Merlin und Matthes in Köln, die in längeren Reden für die Freilösung eintraten. Sie legten dar, daß der Verteidiger von mir ganz nach allen Richtungen hin gelungen sei. Es habe sich ein Bild ergeben, daß das System im Kölner Polizeiwesen unzureichend sei. Die Verteidiger schätzten schwer das Verhalten Kölner Polizeibeamten, die sich haben Geiseln machen und Geld zugesetzt haben. Im Gegensatz zum Staatsanwalt, der diese Dinge als reinlich harmlos darstellte, betonten sie die Verantwortlichkeit dieses Vergehens. Die ganze Bevölkerung Kölns sieht hinter dem Angeklagten, der sich um das Gemeinwohl ein großes Verdienst erworben habe. Die Verteidiger beantragten beide die Freilösung ihres Klienten.

Nicht bedeckt. Sechshundert Häuser sind eingestürzt. Die Insel Saturaballar, dem Verderben preisgegeben, ist in Rauchwolken gehüllt, wodurch Flammenzungen zucken.

Ein Ocean-Dampfer gescheitert.

300 Menschen an Bord.

Wie aus Palisar am Neu-Braunfels weit gesendet wird, ist der Dampfer "Ecuador" in der Nähe der Insel Bora in der Sundys auf ein Riff gesunken. Der Dampfer entand nach allen Richtungen dragtlose Telegramme, in denen er Hilfe erbat, da seine Lage äußerst gefährlich sei. Zwar sind nicht Dampfer, darunter der Dampfer des Norddeutschen Lloyd's "Antoninek" in Sättigung auf dem Wege nach der Unfallstelle, es ist jedoch bisher nicht gelungen, die genaue Lage des gesunkenen Schiffes festzustellen. Man könnte zuerst, daß er an den Außen von Bora Island gerichtet sei, doch war das Schiff nicht auszufinden. Man glaubt jetzt, daß die "Ecuador" in der Nähe der Grand-Plains-Insel, nicht weit von St. John gestrandet ist. Die "Ecuador" scheint schwer beschädigt zu sein, da seit einiger Zeit die dragtlose Verbindung mit dem Dampfer unterbrochen ist.

Der Dampfer gesunken.

Aus New York wird gekündigt: Am Mittwoch nachmittag wichen die "Rebel" und der "Cuban" der von 12 Schiffen geführten, somit plötzlich auf einem Riff, 40 Kilometer von Jamoune entfernt, in Sicht. Es besteht die Hoffnung, alle Passagiere in Sicherheit zu bringen. Der schwere Sturm dauerte fort und erschwert das Rettungswerk.

Wiederall grimmige Kälte.

Wie bereits gemeldet wurde, ist die Temperatur in Deutschland bedenklich gefallen, besonders in Mittel- und Südböhmen. Aber auch von weiterher kommen harte Meldungen über große Kälte und dadurch bedingte Verkehrsbehinderungen.

In Deutschland.

Auf dem Sonnring ist starker Schneefall eingetreten, die Kälte beträgt in der letzten Nacht 15 Grad Celsius. Auch im ganzen Mittelgebirge tritt die letzte Schneeschicht, das Thermometer zeigt 10 Grad Celsius. Zugabe geht des Winters unterhalb von Bingen immer noch in die Höhe. Die Schneebedeckung ist es im Rheintal über die Höhe gelangt. Das in Berlin bereiste eine große Zahl. Die Temperatur ist auf 11 Grad gefallen.

Wiederall grimmige Kälte.

50 Grad Celsius.

Seit einigen Tagen berichtet in Schlesien und Böhmen wiederum kalte Witterung. In der letzten Woche wurde die Temperatur auf der Seite des Montafon mit

Da sich ein Richter unbedingt wählt, wird die Verhandlung auf Sonnabend Vormittag 1 Uhr verlegt. Die Zeugen wurden sämtlich entlassen. Am Sonnabend erhält nur noch der Angeklagte das Schlußwort. Bis dann erfolgt die Urteilsverkündigung.

Ein fünffacher Giftmörder.

S. u. S. Frankfurt, 14. Januar.

Dritter Verhandlungstag.

In der gestern nachmittags teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabten Verhandlung gegen den Giftmörder Hoff wurden Zeugnisse vernommen, welche über die sabbatischen und mäsochristlichen Regelungen Hoffs ausschließen und seine Macht bestätigen. — Verteidiger: Ich stelle fest, daß der Polizeipräsident von Weegmann: Es haben sehr ernste Zusammenstreuungen zwischen mir und Krauß stattgefunden. — Verteidiger: Wer fragt Krauß, ob er nicht Jahre lang die rechte Hand des Präsidenten gehabt sei, der ihn jetzt so fürgerhand abschüttete. — Krauß gibt an, eine große Menge Arbeit geleistet zu haben, darunter sehr viel vertrauliche. — Polizeipräsident von Weegmann: Ich habe in die Ehrenhaftigkeit des Krauß bis kurz vor seiner Verfolzung nie einen Zweifel gesetzt. Er war immer ein ganz herborragender Beamter. — Der Angeklagte Collmann: Ich habe die Tatsachenbzügliches nicht gesagt, daß ich sie überhaupt Krauß gegenüber behauptet, die Krankheit führt von einem verdorbenen Kind her, das die Frau Hoff, Frau Schneider, gab Ausschluß über die Krankheit ihrer Tochter. Hoff hatte der Frau gegenüber behauptet, die Krankheit führt von einem verdorbenen Kind her, die Frau in einem Restaurant gegessen habe; die Frau Hoff hat demgegenüber ehrlich ausgesagt, daß sie überhaupt Krauß nicht gesagt habe. Kurz vor dem Tode der Frau Hoff trat bei ihr Todesfälle auf und die Zeugin verließ heute noch der Ueberzeugung zu sein, daß Hoff die Todesfällebzügliches nicht gesagt habe, was er aber entschieden bestreitet. Dem entgegen an Arbeitsbeschaffung gestorbenen Kind will er Speisen, ein russisches Mittel, gegeben haben, das er seit dem Tode seines Vaters im Jahre 1895 im Bett gehabt haben will. Die Zeugin Frau Wüll war sehr traurig auf Hoffs Tod. Sie hat ihn mehrfach beobachtet, wie er seiner Frau in seinem Zimmer etwas ausgespielt, was es aber war, vermögen sie nicht zu sagen; Hoff selbst behauptet, das sei Judentum oder ein krankhaftes Mittel gewesen. Hoff habe ihr gegenüber bestreitet, daß seine Tochter das Kind sei, schächtert sie aus, als früher oder da sie Krank sei. Die Zeugin, die früher wegen Beleidigung Hoffs (sie hatte ihn bei Verhandlung seiner Frau beschuldigt) bestraft (1) worden ist, hat die Zeugin Schneider in einem Briefe gewarnt, ihre Tochter könne nicht zu sagen; Hoff selbst behauptet, das sei Judentum, ein früherer Nachbar Hoffs aus Niederhochstädt, hat früher Hoff für einen an ehrlichen gebürtigen und hält ihn heute für einen gefährlichen Mann, dessen Frau stets unter verdächtigen Erfahrungen erkrankt sei. Hoff habe zu ihr einmal gesagt: Wenn Sie wissen, was ich für einen bin, würden Sie vor mir aufspülen! — Die Zeugin hat die Frau von Hoffs Kind eines Tages tot gefunden, obwohl das Kind höchst gut und, wenn auch etwas lädiert, gewesen war. Hoff hat ihr den Vorwurf gemacht, sie habe ihre Kinderentzündung auf das Kind übertragen. Für ihre Vermüthungen habe sie 50 Mark liquidiert, davon jedoch nur 25 Mark erhalten, und diese nur in Raten. — Gendarmeriewachtmeister Baumann befindet, daß in Niederhochstädt Gerichte gegangen seien, daß Hoffs erste Frau seines natürlichen Todes gestorben sei. Der behandelnde Arzt habe das aber für Weiberkrankheit erklärt und das Kind aus diesem Grunde auch als tot erklart, gaben Hoff einen Zoff an. — Der Zeugin Schneider hat Hoff einmal geraten, ihrem Sohn ein Kind etwas zu geben, das es rasch von seinem Leben erlösen würde; die Bedenken der Frau wollte er damit beflügeln, daß er ja nicht nachweisbares Gift verwende. Die Zeugin ging darauf aber nicht ein. — Die bezeichneten örtlichen Sachverständigen äußern sich einstimmig darin, daß Frau Hoff früher ganz gesund gewesen sei und daß der körperliche Verfall überraschend schnell kam. Besonders Neues boten die Aussagen der Zeugen nicht. — Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

54 Grad Celsius unter Null. Die niedrigste Temperatur, die Amundsen auf seiner Südpolarexpedition gemessen hat, betrug 60 Grad Celsius.

Kälte und Kälte in der Schweiz.

Bei der Überquerung der großen Lawine auf der Mittenwaldbahn (Innsbruck) ist eine neue Schneelawine niedergegangen. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, einer getötet, ein weiterer verletzt. Auf der Albergbahn ereignete sich bei Röthensbach auf dem Bahngleis zwei tödliche Unfälle. Aus vielen Orten kommen Nachrichten über Lawinenstürze, die beträchtlichen Schaden verursachen.

Der Skilub Davos warnt wegen Lawinenengpasse vor Gebrauchstouren. In Davos liegt der Schneekamm einhalb Meter hoch. Die Fünftausendstürze sind vom dichten Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, da die Einfahrtstraße Davos-Klosters durch Lawinenstürze gesperrt ist. Aus vielen Tiroler Orten treffen weitere Nachrichten über Lawinenstürze ein. In St. Christof reichen die Schneemassen bei vier bis acht Meter Höhe bis zum Dachfirst des Hospizes.

Helle Kälte in Frankreich.

Aus ganz Frankreich treten heut Nachrichten über außergewöhnliche und starke Kälte ein. Im Hafen von Marseille ist seit 15 Jahren hier der erste Schneesturm zu verzeichnen gewesen und hat bei einer großen Anzahl der hier verankert liegenden Schiffe Beschädigungen verursacht. In Paris wurden in der vergangenen Nacht minus 9 Grad konstatiert. Es sind abermals mehrere Todesfälle durch Erfrieren zu verzeichnen.

Aufhaltende Kälte in Nord- und Mitteleuropa.

Die grimmige Kälte hält in ganz Nord- und Mitteleuropa an. Sollte es in die Temperatur bis 85 Grad gesunken. Da auch die Schneestürme noch anhalten, ist der Verkehr zum größten Teil noch lahmgelegt. Die Bahnlinie von Petersburg und dem übrigen Europa ist Montag mit einer zeitigstblühenden Verspätung in Odessa abgebrochen. Die sieben Stunden später vom Petersburg abgehende Post ist überwiegend noch nicht angekommen. Viele Züge sind unterwegs im Schnee liegen geblieben. Man nimmt an, daß die Fahrgäste sehr unter dem Manöver an Mäßigung leiden. 80000 Arbeiter sind mit der Freilösung der verschneiten Bahngleise beschäftigt. Die britischen Verbündeten sind unterbrochen. In Odessa allein sind bisher sieben Personen durch die Kälte umgekommen.

Kälte in Amerika grimmige Kälte.

Die New Yorker Temperatur erreicht mit minus 10 Grad unbedeutend ein niedrigstes Standseit seit langen Jahren. Einiges Bericht großes Rot. Die Kälte und Überschlags. Bis Mittwoch waren sieben Personen in den Straßen erstickt. Nach dem Material sind die Temperaturen in den Montagnächten auf

</